

**Elisabeth Köstinger**  
Bundesministerin für  
Landwirtschaft, Regionen und Tourismus

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.158.871

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)1181/J-NR/2020

Wien, 04.05.2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Ing. Markus Vogl, Kolleginnen und Kollegen haben am 04.03.2020 unter der Nr. **1181/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Gifte durch die Hintertür“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 9:**

- Haben Sie, Frau Bundesministerin, oder eine Ihrer nachgeordneten Dienststellen oder eine ausgelagerte Dienststelle, die in Ihrem Zuständigkeitsbereich liegt, sich seit September 2018 in einem EU-Gremium so positioniert, dass Einfuhrtoleranzen in Zukunft nicht mehr nach dem Vorsorgeprinzip festgesetzt werden sollen und wenn ja, wie lautete diese Positionierung genau?
- Haben Sie, Frau Bundesministerin, oder eine Ihrer nachgeordneten Dienststellen oder eine ausgelagerte Dienststelle, die in Ihrem Zuständigkeitsbereich liegt, sich in einem EU-Gremium so positioniert, dass bei der Festsetzung von Einfuhrtoleranzen in Zukunft der sogenannte risikobasierte Ansatz zur Anwendung kommen soll und wenn ja, wie lautete diese Positionierung genau?

- Haben Sie, Frau Bundesministerin, oder eine Ihrer nachgeordneten Dienststellen oder eine ausgelagerte Dienststelle die in ihrem Zuständigkeitsbereich liegt, sich dafür eingesetzt, dass sich das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz in einem EU-Gremium so positioniert, dass bei der Festsetzung von Einfuhrtoleranzen in Zukunft der sogenannte risikobasierte Ansatz zur Anwendung kommen soll und wenn ja, wie lautete diese Positionierung genau?
- Haben Sie, Frau Bundesministerin, oder eine Ihrer nachgeordneten Dienststellen oder eine ausgelagerte Dienststelle die in Ihrem Zuständigkeitsbereich liegt, sich dafür eingesetzt, dass sich das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz in einem EU-Gremium so positioniert, dass Einfuhrtoleranzen in Zukunft nicht mehr nach dem Vorsorgeprinzip festgesetzt werden sollen und wenn ja, wie lautete diese Positionierung genau?
- Welche Positionierungen haben Sie oder eine Ihrer nachgeordneten Dienststellen oder eine ausgelagerte Dienststelle, die in Ihrem Zuständigkeitsbereich liegt, seit September 2018 zur EU-Pestizidverordnung Nr. 1107/2009 in europäischen Gremien vertreten?
- Welche europäischen Gremien traten seit September 2018 zum Thema Einfuhrtoleranzen zusammen und welche Positionierung vertrat Österreich in der jeweiligen Sitzung bei diesem Thema?
- Gab es am 18. bzw. 19. September 2018 oder/und am 26. bzw. 27. November 2018 ein europäisches Gremium, das die Frage von Einfuhrtoleranzen für Cut-Off-Pestizide behandelte und welche Position Österreichs wurde dort vertreten?
- Welche koordinierenden Sitzungen zwischen dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz fanden ab dem Jahr 2018 bis zum Ende der letzten Legislaturperiode mit dem Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus statt und welche Positionierungen zu Einfuhrtoleranzen vertraten das BMASGK bzw. das BMNT in diesen Sitzungen?
- Welche Position vertreten Sie im Zusammenhang mit der Festsetzung von Einfuhrtoleranzen?

Es wird auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 969/J vom 20. Februar 2020 verwiesen.

Elisabeth Köstinger



